

Die Lösung der Welfenfrage.

Es besteht kein Konflikt!
Der Zeitpunkt, an dem das junge Herzogs-paar von Braunschweig nach anfänglicher Bestimmung schließlich in die Hauptstadt einziehen sollte, ist nahe herbeigekommen und, wenn nicht alles trägt, ist der Termin verschoben worden, denn in Braunschweig werden für das freudige Ereignis noch keinerlei Vorbereitungen getroffen. Da ist es denn kein Wunder, wenn die geschäftige Frau Kama sich der Angelegenheit bemächtigt und im ganzen Reich allerlei Gerüchte austreut, die nicht gerade beruhigend wirken können. Es ist deshalb zu begrüßen, daß jetzt von zwei Seiten — und zwar von durchaus unterrichteten Stellen — Erklärungen vorliegen, die allen Gerüchten den Boden entziehen. In der einen Erklärung heißt es:

„Vom Prinzen Ernst August ist ein Verzicht auf die vermeintlichen Rechte des Welfen-hauses, die von Preußen als nicht bestehend angesehen werden, nicht gefordert, wird auch nicht gefordert werden. Für das Reich und für Preußen kam es allein darauf an, vom Prinzen eine Sicherheit zu erlangen, daß die Rechte auf Hannover, die sein Vater zu haben glaubt, seinerseits niemals geltend gemacht werden. Diese Garantie hat der Prinz vor seiner Hochzeit gegeben und neuerdings in unzweideutiger Weise erklärt, daß er sich daran für immer gebunden erachte.“

„Ob der Prinz in seinem Herzen solche Rechte zu haben glaubt oder nicht, ist ohne praktische Bedeutung. Ansprüche, die nicht geltend gemacht werden, sind tot. Auch sorgt die Reichsverfassung dafür, daß Ansprüche, die ein Bundesstaat auf ein Gebiet eines andern etwa zu haben glaubt, schlummern müssen und daß der Frieden des Reichs und die Harmonie unter den Bundesstaaten dadurch nicht gefährdet werden können.“

Dazu kommt, daß der Prinz bei seiner Thronbesteigung die Reichsverfassung feierlich anerkannt wird, die im Artikel 6 Hannovers Zugehörigkeit zu Preußen ausdrücklich erwähnt. Was die Welfenpartei anlangt, so ist es für sie gleichgültig, ob Prinz Ernst August auf vermeintliche Rechte auf Hannover verzichtet oder nicht. Für die Welfenpartei gilt nicht der Prinz, sondern der Herzog von Cumberland als Präbident. Für die Zukunft aber kann sie auf den Prinzen nicht mehr rechnen, nachdem er die Garantie gegeben hat, niemals auf Hannover Ansprüche zu erheben und keine Bestrebungen unterstützen zu wollen, die den Besitzstand Preußens anzufechten.“

In Übereinstimmung mit diesen Ausführungen, die von preussischer Seite stammen, schreibt die Deutsche Volkszeitung, das Organ der Welfenpartei, in einem längeren Artikel u. a.: „Wer das Haus Braunschweig-Lüneburg, seinen gegenwärtigen Chef und den Prinzen Ernst August kennt, weiß, daß ihm das gegebene Wort heilig ist, und daß niemand Ursache hat, daran zu zweifeln und zu rütteln. So dürfen wir auch nicht bezweifeln, daß dem Prinzen Ernst August das von ihm in dem bekannten Schreiben an den Reichs-kanzler vom 20. April gegebene Versprechen heilig bleiben wird für das ganze Leben. In diesem Schreiben hat der Prinz tatsächlich nichts andres erklärt als dasjenige, was nach Maßgabe der Verfassung des Deutschen Reiches selbstverständlich ist.“

Es ist bedauerlich, wenn dieser Sachlage gegenüber jetzt besonders von süddeutschen Organen der Versuch gemacht wird, die ganze Angelegenheit dadurch schwieriger zu gestalten, daß man dem Bundesrat anheimgibt, über die strittige Innehaltung der Bundesrats-beschlüsse über die hannoversche Frage zu wachen.“ Die ganze Sachlage hat sich seit der Erklärung des Prinzen Ernst August doch sehr verschoben, das jene Bundesratsbeschlüsse, die einen Verzicht aller Mitglieder des Hauses bezw. Braunschweig-Lüneburg fordern, tatsächlich der Grundlage entbehren. Wenn der Bundesrat, was wahrscheinlich ist, sich zu dieser Auffassung bekennt, so wird die braunschweigische und die hannoversche Frage leicht gelöst werden können.

Im übrigen wird man bald klar sehen, daß sich der Bundesrat schon in wenigen Tagen mit der braunschweigischen Frage beschäftigen wird.

wird. In Braunschweig ist man der Überzeugung, daß sich die Dinge glatt erledigen werden. Ja, es heißt, daß der Regent von Braunschweig bereits begonnen habe, seinen Hofstaat aufzulösen, da er gegen Ende des Monats Braunschweig zu verlassen gedenkt. Demgemäß würde Herzog Ernst August mit seiner Gemahlin also noch vor Ablauf dieses Monats in Braunschweig einziehen. Endgültige Bestimmungen darüber können natürlich erst getroffen werden, wenn der Bundesrat gesprochen hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Nach den neuesten Bestimmungen wird Kaiser Wilhelm mit dem Jagdbesuch beim Erzherzog Franz Ferdinand in Konopischt, der vom 23. bis zum 25. Oktober dauern soll, nun doch einen Absteiger nach Wien verbinden, um dort den Kaiser Franz Joseph in seiner Residenz Schönbrunn zu besuchen. Wahrscheinlich wird der Kaiser am 26. in Wien eintreffen. Wie lange der Aufenthalt dort dauern wird, ist noch nicht festgesetzt; es ist möglich, daß der Besuch nur einige Stunden dauern und der Kaiser noch an demselben Tage wieder abreisen wird.

* Kaiser Wilhelm wird sich auch in diesem Jahre zu einem längeren Aufenthalt nach Donaueschingen begeben und dort beim Fürsten Max Egon zu Fürstenberg an verschiedenen Jagden teilnehmen. Der Kaiser reist am 28. November ab und wird bis zum 6. Dezember in Donaueschingen verweilen.

* Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ist von München und Lindbergh kommend wieder in Berlin eingetroffen.

* Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung dem Antrag Sachsens betr. weitere Prägung von Denkmünzen zur Einweihung des Völkerschlacht-Denk-mals in Leipzig zugestimmt.

* Gegenwärtig beschäftigt sich der Bundesrat mit dem Beschluß des Reichstags auf Erlaß eines Verbotes der Errichtung von Familienfideikommissen. Es ist indessen sehr fraglich, ob der Bundesrat ohne weiteres sich zu der von der Reichstagsmehrheit vertretenen Auffassung der Frage bekennen wird. Denn es handelt sich dabei zunächst um eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches, Artikel 59 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch bestimmt nämlich ausdrücklich, daß die landes-gesetzlichen Vorschriften über Familienfideikommiss und Lehen, sowie über Stammgüter von dem Bürgerlichen Gesetzbuch unberührt bleiben. Wollte also das Reich durch seine Gesetzgebung einen Einfluß auf das Fideikommisswesen ausüben, so müßte dazu zunächst eine eingehende Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches vorgenommen werden. Da nun aber im allgemeinen im Bundesrat wenig Neigung besteht, Gebiete, die der Landes-gesetzgebung vorbehalten sind, der Reichs-gesetzgebung zu überweisen, so ist kaum anzunehmen, daß der Bundesrat einen zustimmen- den Beschluß fassen wird.

* Bei der Reichstagswahl in den Kreisen Dresden-Meistadt, die infolge des Todes des sozialdemokratischen Abgeordneten Kaden notwendig geworden war, erhielt Bud (soz.) 31 125 Stimmen, Dr. Hartmann (konf.) 14 201 und der Rechtsanwalt Klöppel (fr. Pp.) 11 008 Stimmen. Bud ist somit gewählt. — Im Jahre 1912 war der Sozialdemo-krat in ersten Wahlgang mit 31 640 Stimmen gewählt worden, von seinen Gegenkandidaten hatte der Reformier 13 893, der Fortschrittler 12 363 Stimmen erhalten.

England.

* Der Erste Lord der Admiralität Winston Churchill hielt in Dundee eine Rede, in der er u. a. ausführte: Während die Entwicklung der englischen Seemacht Fortschritte gemacht hat, haben sich unsere Beziehungen zu dem mächtigen Deutschen Reich bis heute ständig gebessert; sie stehen auf einer durchaus befriedigenden Grundlage. Für die Nationen der Welt drohte die Gefahr, daß

zwischen ihnen Feindschaft entstehe, viel mehr von einer Schwächung ihrer Kräfte als von der ruhigen Sicherung ihrer Stärke. — Herr Churchill hat früher anders gesprochen, er scheint also jetzt nicht mehr ein Verfechter der Abrüstungs-idee zu sein.

Schweiz.

* Der Nationalrat hat bei Beratung des neuen Fabrikgesetzes nach langer Erörterung mit 107 gegen 22 Stimmen beschlossen, die Arbeitsdauer des einzelnen Arbeiters dürfe nicht mehr als zehn, an Vor-abenden von Feiertagen nicht mehr als neun, bei zweischichtigem Tagesbetrieb nicht mehr als acht Stunden betragen. Die Arbeitsdauer ist dabei so einzuteilen, daß sie innerhalb einer Zeit von elf aufeinanderfolgenden Stunden, also mit einer Gesamtpause von einer Stunde, geleistet wird.

Spanien.

* Die Anwesenheit des Präsidenten Poin-caré in Spanien ist der Anlaß zu mancherlei regierungsfeindlichen Kundgebungen, ja sogar Unruhen geworden. Unmittelbar nach Ankündigung des Programms für den Poincaréschen Besuch in Spanien war in Barcelona tiefgehende Unzufriedenheit unter der Bevölkerung ausgebrochen, weil bei der Wahl des Säens für die Flottenjagd Barce-lona ausgeschaltet wurde. Diese Mißstimmung scheinen nun gleichzeitig karlistische und an-archistische Bestrebungen ausgenutzt zu haben. In Barcelona veranstalteten die Anhänger Don Saimes eine Protestversammlung gegen das spanisch-französische Abkommen. Auch die Anarchisten kamen mit der Polizei in schweren Konflikt. In allen Städten Südpansens warnen Mauerauslässe vor einem spanisch-französischen Bündnis. — In den Madrider Gesprächen des Generals Llanen (des fran-zösischen Generalresidenten in Marokko, der Poincaré begleitet hat) mit den leitenden spanischen Staatsmännern wurde auch der Plan der Schaffung einer spanischen Kolonialarmee nach dem Muster der französischen erwogen. Den Grundstock sollen die vier spanischen Marine-Infanterieregimen-ter und 3500 Mann der in spanischen Kolonien entstammenden eingeborenen Sol-daten bilden.

Balkanstaaten.

* Die Nachrichten über den Verlauf der griechisch-türkischen Verhand-lungen lauten recht widerspruchsvoll. Zwar heißt es an den amtlichen Stellen, daß man durchaus guter Zuversicht sei, doch lassen die griechischen Maßnahmen erkennen, wie wenig man dem Frieden traut. König Konstantin, der sich auf eine Inspektionsreise nach Moezodomen begeben hat, meinte zu einigen General-stabsoffizieren, er hege die Hoffnung, daß Griechenland unter allen Umständen Herr der Lage bleiben werde. Glücklicherweise scheint man in Konstantinopel ernsthaft entschlossen zu sein, Frieden zu halten, denn der Sultan hat die Demobilisierung ange-or-dnet. Damit die Entlassung der Reserve schnell vor sich gehen kann und auch die nach Europa geschafften asiatischen Truppenteile in ihre Heimat zurückbefördert werden können, hat die Regierung die Orientbahn beauftragt, täglich 50 Eisenbahnwagen für Truppentrans-porte bereitzustellen. Mit der Zurückführung der Armee in Thrazien aus den Friedens-stand schwindet die ständige Kriegsdrohung der Türkei. Vielleicht wird nun endlich, trotz aller griechischen Drohungen, die Ruhe ein-kehren.

Amerika.

* In der mexikanischen Stadt Torreón haben die Aufständischen unter den Spa-niern ein förmliches Bluthad ange-richtet. Nach beglaubigten Nachrichten sind insgesamt 175 Spanier ermordet worden. — Die mexikanische Regierung aber verflucht täglich der Welt, daß im ganzen Lande Ruhe herrsche und daß sie die Rebellion siegreich niedergeschlagen habe.

Asien.

* Wie aus Peking berichtet wird, sind aus Anlaß der Wahl des Präsidenten Zu an-shi-kai und der Anerkennung der Republik China zwischen dem Präsidenten und dem Deutschen Kaiser freundliche Telegramme gewechselt worden.

* Der bedeutende japanische Staatsmann Fürst Katsura ist nach längerer Krankheit im 67. Lebensjahre in Tokio gestorben. — Urprünglich war Katsura Offizier. Er studierte als solcher drei Jahre in Berlin Kriegswissen-schaft und weilte sodann von 1875 bis 1878 als Militärattaché in Berlin. Nachdem er im Jahre 1898 Kriegsminister geworden war, wurde er dreimal Ministerpräsident, zuerst im Jahre 1901, dann 1908 und zuletzt 1912. Im Februar dieses Jahres trat er von seinem letzten Ministerpräsidentenposten zurück. Er war der Organisator des siegreichen Krieges Japans gegen Rußland und hat das Bündnis Japans mit England geschmiedet.

Die Zukunft Albanens.

In Österreich beschäftigt man sich haupt-sächlich mit der Frage, ob der Besuch des serbischen Ministerpräsidenten Paschitch in Wien und seine Besprechungen mit dem Grafen Berchtold den Anfang einer Verständigung in dem Verhältnisse Österreichs zu Serbien bedeuten. Vor seiner Reise hat Paschitch den Mund gegen Österreich ziem-lich voll genommen; nachher erhob seine Stimme sehr zum Lobe Österreichs. Es scheint nun, daß in der Zwischenzeit allerdings manches hinter den Kulissen vor sich gegangen ist. Die sehr ersten Verhandlungen Italiens und Österreichs in Belgrad, die albanische Grenze unter allen Umständen zu be-wahren, da sich sonst sehr schwere Folgen für Serbien ergeben könnten, sind nicht ohne die nachhaltige Wirkung geblieben, da sie die Hoff-nung der serbischen Staatsmänner auf einen tiefgehenden Konflikt der beiden Mächte wegen des Triestiner Zwischenfalls vernichteten.

Ein halbamtlicher Artikel der Tribüne zerstückte alle phantastischen Hoffnungen in Belgrad auf Italien, denen man sich in Belgrad hingeeben hat. Infolgedessen entschloß sich Herr Paschitch, in Wien bindende Ver-sprechungen für die Innehaltung der Grenzen des selbständigen Albanens dem Grafen Berchtold und dem italienischen Bot-schafter in Wien, Herzog von Avarna ab-zugeben. Es scheint, daß man vorläufig in der Stellung zu Österreich einverstanden ist, ebenso in Montenegro. Ob diese freundlicheren Gesinn-ungen von Dauer sein werden, ist abzuwarten. Die Ereignisse in Albanien lassen freilich immer noch nicht erkennen, daß Serbien entschlossen sei, die von den Mächten festgesetzte albanische Grenze zu respektieren; denn General Zemanowitsch hat den Befehl erteilt, die albanische Grenze zu überschreiten und den Feind bis in das Innere Albanens zu verfolgen. Zu gleich verläutet in politischen Kreisen Belgrads die Regierung werde bestimmt von der inter-nationalen Abgrenzungskommission für den Albanien eine Verächtigung der auf der Kon-vention der Botschafterkonferenz festgelegten Grenze verlangen. Serbien beansprucht eine Anzahl wichtiger strategischer Punkte. Es heißt, die serbische Regierung werde unbedingt auf einer Grenzberichtigung bestehen. Auf diese Weise kann natürlich die albanische Frage nie zu einer Lösung kommen, denn schließlich wird nicht nur Montenegro, sondern auch Griechenland mit Ansprüchen kommen, und es wird immer wieder neue gefordert und verhandelt werden müssen. Man kann deshalb nur hoffen, daß Serbien ein gutes Verhältnis zu Österreich einem ge-ringen Landerwerb in Albanien vorziehen wird und sich auf die Stäuberung neuerblicher Gebiets von albanischen Banden beschränken wird.

Von Nah und fern.

Ein Hundertjähriger bei der Einweihung des Völkerschlacht-Denk-mals. Der am Tage der Völkerschlacht bei Leipzig ge-borene Wagner Seemann in Ostorf bei Balingen in Württemberg wird, wie schon an-gekündigt, am 18. Oktober den Einweihungs-feierlichkeiten des Völkerschlacht-Denk-mals in Leipzig beiwohnen. Dem Hundertjährigen wird einer der besten Plätze zur Verfügung gestellt, auch wird er vom Denkmal-komitee an dessen Spitze der König von Sachsen be-herricht werden.

Der eigene Weg.

Roman von Max Hoffmann.
(Fortsetzung.)
Schon am nächsten Tage schloß Harry gegen eine Vergütung von dreihundert Mark mit dem Vorstand jenes Vereins ab. Er erliefte reichen Beifall, und die Zeitungen brachten lange Be-richte. Daneben zeichnete er seinen Melodien-schaff weiter auf und hatte bald wieder eine Anzahl tropischer Märche und Lieder zu-sammen.
Damit wanderte er in gehobener Stimmung die Potsdamer Straße hinauf, mit allerlei an-genehmen Plänen für die Zukunft beschäftigt. „Servus!“ sagte da eine Stimme neben ihm. Er schaute zur Seite, es war Herr Richardson.
Harry streckte dem Musikus, der zersiret auf ihm vorbeizeln wollte, freundlich die Hand hin.
„Können Sie nicht gleich mit mir kommen, Herr Richardson? Ich hätte wieder einige Sachen zum Vorspielen.“
„Ah — wollen Sie wieder zu meinem Klavier kommen? Na, hören Sie mal, nach dem Reinfall?“
„Wieso? Werden die Tänze nicht gelauft?“
„Aber wo leben Sie denn, mein bester Herr? Wissen Sie denn gar nichts?“
„Was soll ich wissen?“
„Ja — haben Sie denn keine Ohren? Hören Sie denn nicht, wie Ihre Tänze über-all gespielt werden? Gehen Sie doch einmal die Tiergartenstraße entlang, da können Sie

aus den offenen Fenstern binnen zehn Minuten fünfmal hören, wie sich törichte Jungfrauen und schmachende Jünglinge an Ihren Regentänzen vergreifen. Nein, verreckt sind ja die Menschen danach. Sollte ja viel erwartet — aber etwas derartiges war nicht vorauszusehen. Kurz, man reißt sich danach — und das ist eben Ihr Reinfall.“
Harry mußte lachen. „Aber bester Musikus! Ah was! Seien Sie doch kein Kind! Versprechen Sie mich, diese schönen Sachen — verschleubert — und er macht ein kleines Ver-mögen damit.“
„Sie meinen, ich hätte — zu billig —“
„Billig? Für ein Butterbrot haben Sie's weggegeben, während Sie Auster und Selt dafür hätten haben können! So, nun wissen Sie's! Und haben was Neues?“
„Ja. Wollte soeben wieder etwas bringen.“
„Nun, dann seien Sie auf der Hut! Aber, bitte, gehen Sie morgen hin, nicht heute! Bin heute außerhalb für den Blutjäger beschäftigt. Und dann noch eins. Sagen Sie um Himmels willen nicht, was ich Ihnen geraten habe! Sonst verlier ich noch meine schöne Stellung.“
„Sie sind doch ein Mann von Genie, Herr Richardson! Können Sie nicht von Kompo-sitionen leben?“
„Ah, du großer Gott! Wie soll ich dazu kommen? Zu ihrer Ausführung brauche ich Ruhe und Sammlung. Woher soll ich die nehmen? Habe zwölf Kinder zu Hause und ein sehr materiell denkendes Weib. Ein Jammer, Herr Waldorf, ein Jammer! Begabs im Joch!“ Seine Augen wurden feucht, ob vor Nührung

und Mitleid mit sich oder von dem heute un-verkennbar schon genossenen Alkohol, ließ sich nicht feststellen.
Er schwenkte seinen Hut und entfernte sich rasch mit einem wehmütigen: „Auf Wiedersehen morgen!“
Diesmal empfing der Verleger Harry mit offenen Armen, nannte ihn „mein lieber Freund“, ließ sich schmunzeln die Stücke vor-spielen und erklärte mit Gutmütern: „Ich nehme auch diese Sachen, mein Vester.“
„Gut! Aber doch wohl nicht für dasselbe Honorar.“
„Will ich ja auch gar nicht! Geben Sie das Doppelte.“
„Damit kann ich nicht einverstanden sein.“
„Wie heißt? Was ist geschehen? Hat man Sie aufgeheßt? Bedenken Sie doch meine Un-kosten, mein Risiko!“
„Risiko ist gar nicht für Sie dabei. Das weiß ich jetzt bestimmt.“
Der Verleger lächelte verschämt. „Da steht man wieder, wie schnell die Herren Verleger marie Geschäftsleute werden. Und untereiner soll der Ausbeuter sein! Was wollen Sie denn haben?“
„Rehtausend Mark.“
„Sind Sie — aber mein lieber, Güter! Das ist ja Größenwahn! Ist ganz un-möglich.“
„Ich möchte dadurch gleich eine gerechte Entschädigung für den Ausfall beim ersten Ab-schluß haben.“
„Ah — so rechnen Sie! Alle Achtung! Aber es geht nicht — acht durchaus nicht!“

Er rannte im Zimmer hin und her, raufte sich die wenigen Haare auf seinem runden Schädel und ächzte wie ein Kranter. „Wo ich will Ihnen etwas sagen. Ich gebe Ihnen tausend Mark.“
Harry griff nach den Manuskripten.
„Ich gebe Ihnen zweitausend — drei-tausend.“
Harry blieb unerbittlich und schüttelte den Kopf.
Unter Händeringen, Jammern und Stöhnen klagte der kleine Herr bis zu sechstausend Mark. Dann aber begann er richtige Tränen zu ver-gießen. „Sie wollen mich zum armen Mann machen — wollen mich ruinieren — es ist ent-sehlich! Ich muß doch auch ein paar Groschen dabei verdienen — man will doch auch leben! Nun, ich will Ihnen was sagen! Ich gebe Ihnen von der zweiten Auflage an außerdem noch den vierten Teil der Brutto-Einnahme. Sind Sie endlich damit einverstanden, Herr Richardson?“
Harry, dem die ganze Szene schon peinlich saß, widerlich war, willigte ein und verließ das Haus mit sechs schönen, braunen Scheinen in der Tasche.
„Es geht vorwärts!“ sagte er frohlich zu sich selbst. „Wir haben nun ein kleines Kapital in der Hand, und ich kann in Ruhe an die Vortragsfähigkeit gehen, zu der ich ja die Idee dir, du liebe, verdanke!“
„Ich zweifle nicht, daß du in jeder Hinsicht Erfolg haben wirst, Harry. Dein Name ist ja über die ganze Erde aeganen.“